



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

spd/III/97

13. August 1948

Wahlen in Berlin

-e. Die Berliner Wahlen zum Stadtparlament müßten terwingemäß Mitte Oktober stattfinden. Was in den letzten Wochen Berlin an eindeutigen Bekundungen seiner Freiheit erlebt, das mag gewiß schon mehr als das Ergebnis eines Wahlkampfes. Doch diese Form der Berliner Aktivität genügt sich nicht selbst. Die Berliner wollen auch mit dem Stimmzettel für alle jene, die es vielleicht wider besseren Augenschein noch nicht wahrhaben wollen, bezeugen, wie es um diese Stadt bestellt ist. Aber man macht es ihnen nicht leicht, von ihrem Recht Gebrauch zu machen. Eine Alliierte Kommandantur, die nach bisherigem Brauch die Genehmigung zur Wahl geben müßte, ist praktisch nicht mehr in Funktion. Von den drei westlichen Besatzungsmächten liegen Zustimmungserklärungen darüber vor, daß sie die Wahl genehmigen würden. Die russische schweigt, wie in vielen Fällen.

Dafür sprechen die neuen Propaganda-Aktionen der "Demokratischen Bauernpartei" und der Partei der ehemaligen Nazis, die "Nationaldemokraten" in der Ostzone, eine deutliche Sprache. Sie ziehen von Ort zu Ort mit der Parole, man möge sie doch jetzt "mitten im Aufbau des Zweijahresplanes" damit verechnen, schon wieder zu wählen. So sagen diese Parteien, die noch nie an einer Wahl teilgenommen haben. Sie sagen es auf Empfehlung des sowjetischen Marschalls, der vor einigen Wochen in einem Interview auf die Frage nach den Herbstwahlen in der Ostzone geantwortet hat, man werde es "den Volkswillen überlassen, ob gewählt werden solle oder nicht".

Jeder Berliner weiß, daß die SED, die schon bei den letzten Wahlen kaum 20 Prozent der Wählerstimmen erhalten hatte, eine grausame Quittung bekommen würde, und zwar in allererster Linie aufgrund der Position, die sich die SPD in der Zwischenzeit erworben hat. Die Fülle von Mut, Tapferkeit, persönlicher Initiative und unwahrscheinlicher Ausdauer, die die SPD an der Spitze des Parlaments und des Magistrats inmitten des russischen Sektors von Berlin aufgebracht hat, hat ihr das Vertrauen nicht nur der Stadt im ganzen, sondern der Welt zugebracht. Wenn sie also jetzt eine Neuwahl fordert, so kann sie sich darauf verlassen, daß die Leistung, die sie vollbracht hat, ihre Anerkennung in einem Wahlergebnis finden würde, das noch eindeutiger ausfallen müßte als das vom Oktober 1946.

Noch aber ist es nicht so weit. Nachdem die SED gehört hat, daß auf der nächsten Parlamentsitzung die SPD zusammen mit den anderen

demokratischen Parteien einen Entwurf für die Wahlen einbringen will, hat sie sich sehr wortreich geäußert. Die gegenwärtige Zusammensetzung von Parlament und Magistrat entspräche nicht mehr dem Berliner Volkswillen, behaupten die Kommunisten und fügen sogleich hinzu, daß die unter ihrem und dem russischen Protektorat stehenden Splittergrüppchen von ein paar osthörigen ODU- und LDP-Mitgliedern im Ostsektor die "wahre Meinung" der Bevölkerung darstellen. Nach den Erfahrungen, die man im Osten hat, ist das ein Hinweis darauf, daß dann, wenn sich die Sowjets entschließen sollten, Wahlen zuzulassen, die rechtmäßigen Landesverbände der CDU und LDP im Westsektor verboten und durch die der SMA verpflichteten Splittergrüppchen ersetzt werden sollten.

Dies ist der gravierende Punkt der SED-Aktion. Als Bedingung für Wahlen in Gesamtberlin müßte die SED eine Entfaltung ihrer Aktionen auch im Ostsektor fordern. Sie hat der SED, ohne darauf natürlich eine Antwort zu erhalten, angeboten, für jede Versammlung der SPD im Ostsektor eine der SED in den westlichen Sektoren auszutauschen. Doch die SED ist heute bereits im Ostsektor Berlins in ihrer Bewegungsfreiheit so eingeschränkt, daß nicht abzusehen ist, zu welchen Maßnahmen die Sowjets im Falle eines wirklichen Wahlkampfes greifen würden. Die Kommunisten wünschen entweder solche Bedingungen für die Berliner Wahlen, daß sie praktisch unter den Augen der sowjetischen Besatzungsmacht vor sich gehen - oder sie wollen sie, was ihnen noch genehmer ist, ganz verhindern. Täglich sind die kommunistischen Zeitungen voll von den Forderungen, daß die gegenwärtige Magistratsvertretung durch die "Volks-Initiative" ersetzt werden müsse. Wir wissen nach kommunistischen Praktiken, wie diese aussieht. Sie möchten in Wirklichkeit gar keine Wahlen, sondern das totalitäre Schreckensregiment ihrer Funktionäre.

Doch Berlin wünscht brennend Wahlen. Wenn, wie bei den vorangegangenen Wahlen, eine Viermächtekontrolle möglich wäre, dann würde diesmal auch der Ostsektor von Berlin sein Vetum für den Westen abgeben. Doch ist es eher zu erwarten, daß die Schwierigkeiten, die die Sowjets machen können, die Wahl überhaupt hintertreiben oder dazu führen, daß nur in Westberlin gewählt wird. Das aber steht fest: Kommt es zu auch nur annähernd freien Wahlen, dann müssen die Kommunisten mit der größten Niederlage ihrer Geschichte rechnen.

Wachsende Opposition in der Ostzone

sp. In den Straßen von Halle, Dessau und Magdeburg sind in den letzten Tagen Hunderte von Flugblättern verteilt worden, die die deutsche Bevölkerung zum Kampf "gegen das Sklaven-System der letzten drei Jahre" auffordern. Auch im Ostsektor von Berlin wurden nach einer Meldung des "Manchester Guardian" derartige Flugblätter verteilt, die an der Leitung der SED scharfe Kritik üben. Die Flugblätter tragen den Titel "Gegen Terror und Unterdrückung" und protestieren gegen die geplante Verschiebung der Oktoberwahlen, gegen die katastrophale Ernährungslage in der Ostzone, gegen den Zweijahresplan und gegen die Zwangsarbeiten in den Uran-Bergwerken. Der Schluß lautet: "Zeigt Mut, dann ihr seid eine Macht, die niemand, auch die Russen nicht, brechen kann! Alle können sie uns nicht einsperren!"

(3.65/1/138/hs)

Der innerpolitische Kampf in USA

Von S. Aufhäuser, New York

Während der parlamentarische Kampf bis zur Vertagung des 80. Kongresses (Ende Juni) in einem für USA ungewohnten Umfang auf die Außenpolitik, vor allem die Europa-Hilfe, konzentriert war, treten jetzt mit den sich nähernden Novemberwahlen die innerpolitischen Probleme, vor allem die maßlose Teuerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel wieder in den Vordergrund der Auseinandersetzung zwischen den Republikanern, die über eine Mehrheit im Kongreß verfügen und den Demokraten, die die Exekutive beherrschen. In den europäischen Ländern wäre es unmöglich, daß die Regierung und das Parlament von zwei gegnerischen Parteien getragen sind. In USA hat diese Erschwerung der Staatspolitik dazu geführt, daß ein kommender Wahlkampf bereits den noch amtierenden Präsidenten und das vor der Neuwahl stehende alte Parlament vorzeitig in eine Wahlkampagne verwickelt, von der die laufende Gesetzgebungsarbeit aufs Schwerste belastet wird.

Präsident Truman, der auch wieder als Kandidat der Demokraten für die Novemberwahl aufgestellt ist, hatte den alten Kongreß, den 80., unter scharfer politischer Kritik für seine Versäumnisse im Juli, d.h. in den Ferien, zu einer Sondersitzung einberufen, damit er beweisen sollte, ob es ihm mit seinem von Thomas G. Dewey, dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten, aufgestellten Wahlprogramm Ernst sei. Er sollte nachsitzen, um seine Sünden wieder gutzumachen. Die Republikaner ihrerseits erklärten, daß ein in seiner Amtszeit ablaufender Kongreß nicht für die Politik des noch zu wählenden neuen Parlaments verantwortlich sein könnte. Die Sondersitzung ging also in der Hauptsache um die "Schuldfrage", ob der Präsident oder der Kongreß es versäumt hat, die Inflation mit den richtigen Mitteln und rechtzeitig zu bekämpfen.

Das Resultat der Sondersitzung blieb dürftig. Die sozialpolitischen Vorlagen des Präsidenten und ein Verbesserungsvorschlag für die Einwanderung der Vertriebenen aus Europa blieben unerledigt. Ein Gesetz über die Bürgerrechte, durch das die Diskriminierung der Neger bei den Wahlen beseitigt werden sollte, wurde zwar auf die Tagesordnung gesetzt, aber durch eine beharrliche Obstruktion der Süd-Demokraten sabotiert. Die Republikaner begnügten sich, den inneren Parteikampf der Demokraten mit Auguren-Lächeln zu beobachten. Die Bewilligung einer Anleihe zum Neubau der Vereinten Nationen in New York war eigentlich die einzige Zustimmung zum Truman-Programm. Das dringende Wohnungsbauprogramm wurde ersetzt durch einige Bestimmungen zur Finanzierung der privaten Bautätigkeit, während der öffentlich-gemeinnützige Wohnungsbau und die Beseitigung der Elendsviertel unbeachtet geblieben sind.

In der entscheidenden Frage einer durchgreifenden Senkung der Preise sind alle Vorschläge Trumans auf Einführung der Preiskontrolle und Rationierung abgelehnt worden. Beschlossen wurde lediglich, die Abzahlungsgeschäfte einzuschränken, die Bankkredite einer Kontrolle zu unterwerfen und die Goldreserven der Nationalbank zu erweitern, um der Kreditinflation zu begegnen. Alles in allem wird der Kongreß

nach Ablauf der Sondersitzung vom Präsidenten und den Demokraten vorgeworfen, daß er nicht getan hat, was er hätte tun können, um die Teuerung der Volksernährung zu beenden.

Die ganze Sondersitzung hat Munition für den Wahlkampf geliefert. Doch dürfte das Versagen der Mehrheit in der Juli-Tagung psychologisch die Lage der Demokratischen Partei und des Präsidenten Truman etwas verbessert haben und die Truman-Partei wird die Verärgernisse ihrer Gegner im Wahlkampf auszuwerten wissen, was umso leichter ist, als die Teuerung eine wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung erzeugt. Die Republikaner dagegen haben das öffentliche Interesse von der Sondertagung teilweise abgelenkt, indem ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß ein sensationelles, russisch-kommunistisches Spionage-System breit aufgerollt hat. Die Bundesbeamten, die in die Spionage verwickelt werden sollen, gehörten dem demokratisch besetzten Regierungsapparat an.

Die gesetzgeberische Passivität der Republikaner und die mangelhafte politische Kontrolle der Demokraten werden jeweils vom Gegner mit den im Wahlkampf üblichen Übertreibungen behandelt. Alle Prophezeiungen über den Wahlausgang aber scheinen im Augenblick noch verfrüht, denn noch weiß niemand, wie die Preise für die Konsumenten im November stehen und wie die Wähler auf die Frage "Preiskontrolle oder freie Preisgestaltung" reagieren werden.

Politisches Aktionskomitee der AFL

-r Der Exekutivausschuß der großen amerikanischen Gewerkschaft AFL schaltet sich jetzt mehr und mehr auch in die Fragen der großen Politik ein. Die vor kurzem gegründete "Liga für die politische Erziehung der AFL", die ursprünglich nur für die Dauer des diesjährigen Wahlkampfes vorgesehen war, ist nun als ständige Einrichtung mit Sitz in Washington eingerichtet worden. Zu dem Direktor der Liga wurde Joseph D. Keenan ernannt, der sozialdemokratischen Kreisen in den USA nahesteht und der aus längerem Deutschlandaufenthalt ein guter Kenner der deutschen Verhältnisse ist. Damit schafft sich auch die AFL ein politisches Gremium, wie das die CIO bereits bei der letzten Roosevelt-Wahl tat. Es ist das ein wichtiger innerpolitischer Vorgang in den USA, dessen Tendenz in einem unverkennbaren Gegensatz zu dem gewerkschaftsfeindlichen Taft-Hartley-Gesetz steht. (m/1/138/hs)

Sozialistische Jugendinternationale in Löwen

Von Hans Hermsdorf, Hannover

Zum zweiten Mal nach dem Kriege trafen sich junge Menschen aus den sozialistischen Jugendverbänden aller Länder. Das erste Mal 1946 in Montrouge bei Paris, das zweite Mal in Löwen bei Brüssel. In der Zwischenzeit hat sich die Welt alles eher als fortschrittlich friedlich entwickelt. Aber wie hat sich die Atmosphäre auf den beiden Kongressen geändert! 1946 herrschte gespannte Stimmung zwischen Ost und West, die Aufnahme der deutschen Jugendverbände in die Internationale wurde durch die osteuropäischen Verbände als völlig undiskutabel abgelehnt und erst nach langen Verhandlungen wurde entschieden, daß die Deutschen lediglich als Beobachter zu den Exekutivsitzen des Büros der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend zugelassen werden sollten.

In Löwen, wo die Aufnahme der drei deutschen Verbände "Falken", "Jungsozialisten" und "Sozialistische Studenten" erneut zur Debatte stand, wurden Einwände gegen die Aufnahme von den Vertretern der anwesenden 22 Nationen überhaupt nicht erhoben und lediglich der Vertreter Israels stimmte gegen ihre Aufnahme, ohne jedoch eine Erklärung für seine ablehnende Haltung abzugeben.

Es ist sicherlich ein sehr gutes Zeichen für den Kongress, daß man sich nicht lange bei politischen Diskussionen und ideologischen Auseinandersetzungen aufhielt, sondern als Hauptaufgabe der Internationalen Union der Sozialistischen Jugend für die nächsten drei Jahre betrachtete, unbedingt praktische Arbeit zu leisten und hier ein möglichst großes Ergebnis zu erzielen. Es wurde beschlossen, internationale Lager und internationale Kurse und Schulungen durchzuführen. Weiter kam man überein, einen möglichst großen Austausch junger Menschen zwischen den einzelnen Ländern zu organisieren und bei den einzelnen Regierungen vorstellig zu werden, um Arbeitserlaubnis für die Zeitdauer von einem halben oder einem Jahr für junge Menschen zu erhalten, um ihnen so Gelegenheit zu geben, für längere Zeit mitten im täglichen Leben des betreffenden Landes die Probleme an Ort und Stelle zu studieren. Jeder war sich darüber klar, daß der Gedanke der Internationalität in der Jugend sich nur durchsetzen wird, wenn es uns gelingt, ihr das Tor zur Welt zu öffnen und sie nicht nur an die Probleme des eigenen Landes, sondern auch der anderen Länder heranzuführen. Dieses Ziel auch unter Berücksichtigung der noch bestehenden Hindernisse zu verfolgen, war der Wille und der Beschluß aller Vertreter der sozialistischen Jugendverbände in Belgien. Im Interesse des internationalen Gedankens und einer friedlichen Entwicklung wäre zu wünschen, daß es der Jugendinternationale gelingen möge, die gestellte Aufgabe zu lösen.

"Nationaldemokratie"

sp. Das politische Bild der sogenannten nationaldemokratischen Kräfte in Deutschland rundet sich immer mehr und immer deutlicher wird die Verbindung ihrer östlichen mit den westlichen Filialen.

Das erste öffentliche Bekanntwerden dieses neuen Sammelbeckens rechtseradikaler Elemente erfolgte in Hessen und in Berlin im März 1948. Den Auftrieb für diese Partei in Hessen bildete das Erscheinen eines jungen fanatischen Propagandisten, während in Berlin der Abschluß der Entnazifizierung in der Ostzone von den Sowjets ausgenutzt wurde, an antidemokratische Rechtskreise heranzukommen.

Die Leute vom "Nationalkomitee Freies Deutschland", in dem ehemalige Offiziere und Adelige überwiegen, haben in der russisch lizenzierten Nachrichtenagentur ADN bereits seit längerer Zeit einen festen Kreis von Nationalkommunisten gebildet. Diese Leute werden von den Russen sehr stark unterstützt, da sie sich von ihnen eine aussichtsreiche Expansion nach Westdeutschland erhoffen.

Der ADN-Redakteur Schwelin reiste acht Tage vor der Hessenwahl nach Wiesbaden und Frankfurt. Es steht fest, daß er zu Kreisen der NDP in Wiesbaden engste Verbindung aufgenommen hat. In Berlin hat am 26.4. aus Anlaß der Gemeindewahlen in Hessen bei den NDP-Leuten im Redaktionsstab des "National-Zeitung"-Büros und bei den ADN eine "Siegesfeier" stattgefunden. Anfang Mai reiste der Propagandachef der NDP in Wiesbaden, C.Ch. Heinz, zu politischen Besprechungen nach Oberbayern, wo er Kontakt mit illegalen SS-Kreisen aufnahm, die, wie inzwischen festgestellt werden konnte, von russischer Seite finanziell unterstützt werden.

Es ist auch bezeichnend, daß die NDP wohl die Kommunisten in ihrer Wahlagitiation in Hessen angegriffen hat, niemals aber die Russen, und es gibt eine Erklärung von Heinz selbst, daß keine Partei mehr zur Popularisierung der NDP beigetragen habe als die KPD durch ihre, vielleicht sogar gewollt ungeschickte Argumentierung.

(B1/1/138/hs)

Der Sozialist Alfred Weber

sp. In seiner Antwort auf die Glückwünsche des Kreisvorsitzenden der SPD Heidelberg, Emil Henk, zu seinem 80. Geburtstag erwiderte Prof. Alfred Weber:

Ich danke Ihnen für Ihre freundlichen Glückwünsche, und ich kann Ihnen gestehen, daß ich mein ganzes Leben in Grunde ein verkappter Sozialist gewesen bin. Ich habe mich früher in meiner eigenen Partei nie recht zu Hause, und ich habe mich immer geistig Ihnen zugehörig gefühlt. In den letzten Kriegsjahren wurde mir das außerordentliche Glück zuteil, daß der linke Flügel der Widerstandsbewegung Führung mit mir aufnahm und die Nation, die Sie mir genannt haben, Mierendorff, Harbach, Reichwein, von Barnak, haben mir Gewißheit gegeben, daß

daß ich mit diesen Männern in der gleichen Richtung wirken müsse und daß ich also zur Sozialdemokratie gehöre. Und ich muß sagen, lebten diese Männer heute noch, sie würden eine Leuchtkraft um sich verbreiten, die in unserem Volk nicht ohne Wirkung bliebe. Sie sind alle tot. Der einzige, der von ihnen übrig geblieben ist, sind Sie, Herr Henk.

Ich habe allerdings gefürchtet, daß es nicht ohne Reibungen abgehen würde, wenn ich zur Sozialdemokratie herübergehe, denn ich stehe nicht auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Ich erkenne wesentliche Teile von ihr als richtig an, aber in einem allgemeinen mehr ideellen Rahmen! Ich bin froh darüber, daß diese Befürchtungen nicht eingetreten sind. Die Sozialdemokratie hat mich mit einer großen Freiheit und Weltoffenheit aufgenommen. Es ist mir natürlich wichtig, daß auch mein Einfluß beim Sozialisierungshandeln der Partei nicht abgelehnt werden ist, sich vielmehr, was daran gut ist, bisher ohne Schwierigkeiten durchgesetzt hat.

(B1/1/138/hs)

Radbruch bei der SPD

sp. Der weltbekannte Strafrechtler und Rechtsphilosoph, Universitätsprofessor Dr. Gustav Radbruch, der sich in seiner Abschiedsvorlesung an der Heidelberger Universität vor der gesamten Studentenschaft und dem Lehrkörper zum Sozialismus bekannte, ist jetzt wieder Mitglied der Sozialdemokratischen Partei geworden.

Prof. Radbruch wird im November dieses Jahres seinen 70. Geburtstag begehen. Er habilitierte sich 1903 an der Universität Heidelberg und war in der Zeit der Weimarer Republik zweimal Reichsjustizminister.

(1/138/hs)

SPD-Erfolge bei den Braunschweiger Betriebsratwahlen

sp. Bei den im Bezirk Braunschweig durchgeführten Betriebsratwahlen in 106 Betrieben mit insgesamt 48120 Arbeitnehmern hat die Sozialdemokratische Partei einen neuen großen Erfolg errungen. Sie hat über die Hälfte aller Betriebsräte, genau 52,7 Prozent, besetzt und damit ihren Erfolg von 1947 noch weiter vergrößern können. Die KPD hat in gleichen Maße verloren, wie die SPD gewann, während die CDU nach wie vor eine völlig unbedeutende Rolle spielt. In Prozenten ausgedrückt, ergibt sich folgendes Gesamtbild:

	1948	1947
SPD	52.7	49.5
KPD	10.6	13.7
CDU	2.5	2.4
Parteilose	34.2	34.7

(1/138/hs)